



Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine Pflicht für uns alle
Erklärung des VGD zum Aufflammen des Antisemitismus anlässlich des
aktuellen Konflikts in Nahost

Der aktuelle Konflikt im Nahen Osten, der erneut zu einer militärischen Konfrontation eskaliert ist, seit von Gaza aus in einem bislang nie gekanntem Ausmaß Tausende von Raketen auf Israel abgeschossen werden, hat zu Äußerungen und Aktionen des Antisemitismus geführt. Dies geschieht durch verbale und direkte Gewalt auf der Straße, gegenüber jüdischen Einrichtungen und Menschen, sowie im Internet. Antisemitismus ist nach der Definition von Bundesregierung und Bundestags von 2017/18 „eine Wahrnehmung von Juden, die sich in Hass ausdrücken kann.“ Wie das geht, haben wir leider täglich vor Augen. Man sieht, wie israelbezogener Antisemitismus entsteht und sich äußert. Die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren, rechtfertigt, wie Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, am 14. Mai erklärte, keinen Judenhass. Solche Kritik unterliegt aber auch keiner Medienzensur in Deutschland, wie immer wieder behauptet wird.

Die Gefährdung für Leib und Leben von jüdischen Bürgern ist spätestens durch den Anschlag in Halle deutlich geworden. Jüdische Gemeinden müssen dies heute vor Augen haben, wenn sie sich schützen wollen und müssen. In vielen Städten oder Stadtbezirken Deutschlands sehen sich Juden gezwungen unerkannt zu bleiben. Dass jüdische Bürger nicht „normal“ leben können und Angst vor einem Besuch einer Synagoge oder dem Tragen einer Kippa haben müssen, geht uns alle an und muss uns alle zutiefst beschämen. Dagegen vorzugehen ist Aufgabe des Rechtsstaates und der politisch Verantwortlichen und muss entsprechend ernst genommen werden. Gründe und Hintergründe für Antisemitismus sind vielfältig, sie kommen aus dem rechts- wie auch aus dem linksextremen Bereich ebenso wie aus Kreisen muslimischer und arabischer Herkunft oder mit Bezügen dorthin, bei letzteren spielt das Thema Nahostkonflikt eine besondere Rolle. Doch Vorurteile gegenüber Juden sind weit verbreitet, auch in der Mitte der Gesellschaft.

Es ist daher eine besondere Aufgabe an den Schulen, über Vorurteile aufzuklären und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus zu leisten. Die Kultusministerkonferenz und der Zentralrat der Juden haben dazu 2018 eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Es wird aber auch deutlich, dass dies nicht reicht. Vor allem das Fach Geschichte muss curricular (Lehrpläne) und materiell (Zeit) mehr Möglichkeiten bekommen, jüdische Geschichte, Antisemitismus und auch die Entstehungsgeschichte Israels und des Nahostkonflikts adäquat behandeln zu können – und dies auch und gerade in kulturell heterogenen Klassen. Dazu bedarf es auch einer Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte zu all diesen Aspekten und gerade auch zum Thema Israel/Palästina.

Seit Jahren bemüht der VGD sich durch Aktivitäten und Publikationen aus dem seinem Arbeitskreis Jüdische Geschichte einen kleinen Beitrag gegen offenen und versteckten Antisemitismus zu leisten. Der Verband z.B. ist Mitorganisator der Tagung „*Beständiges Vorurteil!? Antisemitismus im Geschichts-, Religions- und Politikunterricht begegnen*“, am 19. und 20. November 2021 in Hamburg.

Gez.: Der Arbeitskreis deutsch-jüdische Geschichte und der Bundesvorsitzende, Mai 2021